

## **DRINGLICHKEITSANTRÄGE**

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> **Kahr**: Liebe KollegInnen, in Absprache auch mit dem Herrn Bürgermeister darf ich den Herrn Gemeinderat Pacanda bitten, seinen dringlichen Antrag als Erstes einzubringen, weil er muss nach Hause, weil er familiäre Verpflichtungen hat und hat darum gebeten. Ich hoffe, das stößt auf Ihr Einverständnis.

### **1) Stärkung der Glaubwürdigkeit und Unabhängigkeit**

GR. **Pacanda** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Pacanda**: Danke für die Möglichkeit, dass ich den Antrag vorziehen durfte. Es geht um Stärkung der Glaubwürdigkeit und Unabhängigkeit. Wie wir wissen, ist das Vertrauen in die Politik gering, es sinkt von Jahr zu Jahr und neun von zehn ÖsterreicherInnen haben kein Vertrauen mehr in diese Politik. Es braucht vertrauensbildende Maßnahmen und eine Stärkung der Transparenz. Wichtig ist, dass demokratisch gewählte Organe, wie zum Beispiel der Gemeinderat oder kontrollierende Organe, wie der Kontrollausschuss oder der Stadtrechnungshof, unabhängig sind. Der Rechnungshof genießt bei den Österreicherinnen und Österreichern hohes Vertrauen und dieses hohe Vertrauen entsteht durch Glaubwürdigkeit, welche durch Unabhängigkeit garantiert werden kann.

Mögliche Selbstkontrolle führt leider nicht zu dem gewünschten Mehr an Vertrauen und Glaubwürdigkeit. Gerade bei der Auswahl der Mitglieder des Kontrollausschusses ist hoher Wert auf diese Glaubwürdigkeit zu legen. Es sollte gewährleistet werden, dass es hier zu keiner Möglichkeit der Selbstkontrolle kommt. Weiters ist noch zu erwähnen, dass im Frühjahr 2016, wie Sie alle wissen, ein Peer Review des Stadtrechnungshofes durchgeführt wurde durch den Oberösterreichischen Landesrechnungshof und das

Ergebnis dieser Prüfung war, dass der Stadtrechnungshof die Standards der Finanzkontrollbehörden im Wesentlichen erfüllt, in einzelnen Bereichen sahen die Peers aber Verbesserungspotentiale und gaben Empfehlungen ab.

Ich möchte da drei Verbesserungspotentiale und Punkte hervorheben, weil der Gesamtbericht ist dem Gemeinderat ja bekannt: einerseits die Unabhängigkeit des Stadtrechnungshofes, die Organstellung der Leitung des Stadtrechnungshofes, personelle Unabhängigkeit und finanzielle Unabhängigkeit. Ich möchte nur kurz zwei Punkte aus diesem Peer Review zitieren. Es ist einmal, die externe Finanzkontrolle kann nur dann ihre Aufgaben objektiv und wirkungsvoll erfüllen, wenn sie von der überprüften Stelle unabhängig gestellt und gegen Einflüsse von außen geschützt ist und die Peers unterstützen alle Maßnahmen zur Stärkung der Unabhängigkeit, insbesondere im Bereich der personellen und finanziellen Unabhängigkeit des Stadtrechnungshofs orten sie Verbesserungspotential. Wie wir alle wissen, wurde auch parallel zu diesem Peer Review bereits auch eine Arbeitsgruppe gegründet, die sich mit, also Arbeitsgruppe des Kontrollausschusses gegründet, die sich mit Statuten und Geschäftsordnungsänderungen beschäftigt hat und diese diskutiert haben, dementsprechend sind auch im Peer Review bereits diese Diskussionen auch erwähnt und aufgeführt, als Verbesserungsvorschlag aufgeführt.

Dementsprechend ersuche ich den Grazer Gemeinderat, euch alle, um die Unterstützung bei folgendem

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

1.) Der Grazer Gemeinderat spricht sich im Sinne der Unabhängigkeit dafür aus, bei Besetzungen zum Beispiel des Kontrollausschuss auf die im Motivenbericht beschriebene Problemstellung der Selbstkontrolle zu achten.

2.) Das Präsidialamt wird ersucht, eine Statutenänderung bis zu einer allenfalls im Jänner stattfindenden Gemeinderatssitzung vorzubereiten, welche die Empfehlungen des Peer Reviews sowie die Vorschläge der Arbeitsgruppe berücksichtigt. Danke.

GR. Mag. **Krotzer** zur Dringlichkeit: Lieber Antragsteller, lieber Philip! Nachdem du weg musst, mache ich es ganz kurz. Ich darf im Namen der KPÖ-Fraktion, auch im Namen von der Ina Bergmann, die ja jetzt die letzten vier Jahre Vorsitzende Kontrollausschusses gewesen ist, sagen, dass wir uns bedanken für diese Initiative. Den Dank natürlich auch noch einmal betont an den Stadtrechnungshof, dessen Berichte eine ganz, ganz wichtige Grundlage dafür sind, was wir im Kontrollausschuss machen können und prüfen können und dessen Unabhängigkeit ein ganz, ganz wichtiges Gut ist und insofern können wir dem Antrag nur zustimmen. Dankesehr (*Applaus KPÖ*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Grabe**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Philip! Wir haben ja auch schon im Kontrollausschuss diese Frage diskutiert und gemerkt, dass die Positionen, wie man jetzt mit dem momentanen Status quo dieses Arbeitspakets umgehen soll, leider unterschiedlich sind. Wir teilen genau das, was du auch hast, was die KPÖ auch unterstützt, das ist absolut notwendig und wichtig und unterstützenswert ist, die Unabhängigkeit des Stadtrechnungshofes zu forcieren. Auf die Empfehlungen, die durch eine Peer Review, wie erwähnt, zustande gekommen sind, auch wirklich einzugehen und an sich das Projekt, das wir begonnen haben mit einer eigenen Arbeitsgruppe, auch fortzusetzen. Diejenigen, die in dem Kontrollausschuss sind, wissen, dass sie es leider nicht geschafft haben, obwohl Ina Bergmann das anders eingebracht hatte, dass das Thema und der Zwischenbericht überhaupt in den Gemeinderat kommt, was uns wichtig gewesen wäre, damit die Sache eben nicht

untergeht, weil wir halt durch die vorgezogene Wahl das jetzt nicht abschließen können. Insofern unterstützen wir deinen dringlichen Antrag, es ist nur bei dem zweiten Punkt vielleicht ein bisschen noch verfrüht, weil wir eben ein paar Details noch ausdiskutieren müssen, zum Beispiel, wollen wir wirklich eine Befristung der Positionen, ja oder nein, es gibt Vor- und Nachteile dabei. Ein Nachteil könnte sein, dass die Position dann oder die Person, die die Position hat, vielleicht ein bisschen mehr unter Druck kommt, nicht zu kritisch zu prüfen, was ich bei dem aktuellen Stadtrechnungshofdirektor überhaupt nicht sehe, aber man weiß ja nicht. Also es sind einige dieser Punkte noch offen, das heißt, es wird wahrscheinlich nicht möglich sein, sofort das ganz genau in neue Statuten reinzubringen, aber vom Zeitplan her hätten wir durchaus noch Möglichkeit, einige Sitzungen nachzulegen und das durchaus auszuarbeiten und wie wir alle wissen, wäre es auch möglich, sogar noch einmal eine eigene Gemeinderatssitzung dazu zu machen, also insofern unterstützen wir dieses dringende, wichtige Anliegen zur Unabhängigkeit des Stadtrechnungshofdirektors und zur Vermeidung von Unvereinbarkeiten in der Besetzung des Stadtrechnungshofes, die wir momentan ja haben. Indem doch auch Führungskräfte im städtischen Umfeld Mitglieder des Kontrollausschusses sind, der praktisch das Kontrollorgan eigentlich sein soll. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Haßler**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, lieber Philip, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben das Thema ja schon im letzten Kontrollausschuss relativ intensiv behandelt und ich habe damals schon gesagt und davon werde ich heute auch nicht abweichen, dass uns das Thema viel zu wichtig ist, als dass wir es in die Wirren des Wahlkampfes hineinziehen wollen. Es ist einiges an Vorarbeit geleistet worden, es ist aber noch lange nicht alles ausdiskutiert und ich glaube, wir sollten uns diese Zeit nehmen, das wirklich in Ruhe zu diskutieren, weil es ist eh schon gesagt worden, auf der einen Seite geht es um eine Organstellung, auf der anderen Seite

Befristung ja, nein. Was ich mir sicher nicht vorstellen kann, dass sich jemand als Organ sozusagen über alles stellt und dann eine lebenslange Befristung, ich könnte es mir jetzt beim aktuellen Rechnungshofdirektor vorstellen, weil ich ihn auch sehr schätze, aber wir wissen auch, er kann sich auch woanders hin bewerben, wir können andere Personen haben und dann passt einmal etwas nicht und dann haben wir ein Riesenproblem. Ich glaube, dass man da viele Dinge noch diskutieren müssen. Was ich nicht so sehe wie du, Philip, ist die Tatsache, dass Mitarbeiter des Hauses Graz, du hast jetzt Abteilungsleiter genannt, aber es trifft ja dann auch andere Mitarbeiter, die im Kontrollausschuss nicht dabei sein könnten. Ich denke auf der einen Seite sind sie wichtig, weil sie auch die Zusammenhänge kennen, auch der anderen Seite gibt es eh klare Regeln, wenn jemand befangen ist, wenn der eigene Bereich geprüft wird, ist klar, dass der sich befangen erklärt und dann nicht mitdiskutiert. Also ich denke, das ist klar geregelt, da brauchen wir in dem Sinn nichts besonders Neues mehr erfinden und mir ist es wichtig, dass wir weiterdiskutieren, dass man zu einem Ergebnis kommen, wie immer das ausschaut, aber wir werden sicher nichts übers Knie brechen, deshalb Dringlichkeit nein und ebenfalls Inhalt nein. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. **Mogel**: Liebe Gäste, hoher Gemeinderat, Frau Vizebürgermeister, lieber Philip! Du warst ja auch beim Kontrollausschuss bei der Sitzung, bei der letzten, dabei. Es sind schlicht und ergreifend noch nicht alle Punkte erörtert, aus dem Grund werden wir, vor allem in der Tragweite bis zum letzten noch nicht ausdiskutiert, deswegen werden wir in diesem Punkt heute noch nicht zustimmen. Der Punkt eins deines Antrages ist wirklich interessant, sehr, sehr spannend, ich würde zum Teil sogar weiter gehen, dass man nicht nur Abteilungsleiter hier überlegt in die Überlegungen wieder einbezieht, sondern auch Mitarbeiter politischer Büros usw. Aber auch das scheint mir zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vollkommen ausdiskutiert, der Zeitpunkt ist noch einfach

falsch für diesen Antrag. Deswegen werden wir heute diesen beiden Punkten noch nicht zustimmen (*Applaus FPÖ*).

**GR. Pacanda:** Also ich danke einmal ÖVP, Entschuldigung, jetzt habe ich mich komplett verhäut, nein, denen danke ich noch nicht, das kommt dann vielleicht später. Ich danke einmal der KPÖ und den Grünen für die Unterstützung, die schon jetzt da ist und auch, sage ich einmal, für die angekündigte Arbeitsunterstützung an dem Thema, das ist, glaube ich, auch das Wichtige. Mir kommt vor, dass wir jetzt heute wahrscheinlich da mehrheitlich nicht einen Weg finden werden, was ich so gehört habe, aber wir sollten einfach dann auch wirklich baldmöglichst auch weitere Termine dann vereinbaren im Kontrollausschuss, um dann weiterzuarbeiten und vielleicht auch an zusätzlichen Themen, wie zum Beispiel dieser für mich doch vorhandenen Diskrepanz der Selbstkontrolle, arbeiten und da ich jetzt den Gemeinderatssitzungssaal verlassen muss, leider, möchte ich mich bei euch allen verabschieden, mittelfristig bis zu den nächsten Ausschüssen, hoffentlich bis zur nächsten Gemeinderatssitzung und ich möchte mich wirklich ausschließlich bei allen bedanken wirklich für die Hilfe vom Beginn an, für die Unterstützung vom Beginn an und für die wirklich gute Zusammenarbeit. Dankeschön (*allgemeiner Applaus*).

**Bgm.-Stv.<sup>in</sup> Kahr:** Vielen Dank, Philip, ich glaube, da im Namen auch aller Kolleginnen und Kollegen zu sprechen, dass auch wir dir für deine konstruktive und sympathische Art und Weise, wie du dich hier eingebracht hast, auch danken. Alles Gute auch persönlich jetzt (*Applaus KPÖ*).

*Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.*

*Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

**2) „Masterplan Wohnen 2020+“ – Erarbeitung eines umfassenden WohnbauEntwicklungsprogramms**

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Bauer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Bauer**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf heute noch einmal das Thema Wohnen aufgreifen. Es war nicht mein Wunsch, das Thema Wohnen, oder ich habe keine Intention gehabt, das Thema Wohnen noch einmal in Form eines dringlichen Antrages aufzugreifen. Es war dann doch die Nichtvorlage des Wohnungsberichtes im Gemeinderat der Anlass, dass ich das gemacht habe. Ich halte es für sehr, sehr schade, dass wir den Wohnungsbericht hier erstens nicht erhalten und zweitens nicht diskutieren. Das wäre eine runde Sache gewesen für den ersten Wohnungsbericht. Der Anlass für den Wohnungsbericht war damals, dass wir nicht wissen, was in der Stadt passiert und welche Zielrichtung wir uns aussuchen sollten. Im Wohnungsbericht, einige Kollegen haben es vielleicht gelesen, es ist sehr gut gestaltet worden, es sind viele Aspekte aufgegriffen worden, aber das gute Zeugnis können wir für die Vergangenheit da nicht entgegennemen, sondern es sind viele Fragen aufgeworfen worden und wir müssen uns eigentlich die Fragen stellen, welche Konsequenzen leiten wir daraus ab? Die Frau Wohnungsstadträtin hat ja auch in der Vergangenheit immer mit Zahlen um sich geworfen und manchmal war sie für mich,

und ist es auch heute noch, eine Wohnungsverwirrungsstadträtin, was die Zahlen anbelangt, nämlich auch die Fertigstellungen und die Planungen. Und was meine ich damit? Ich möchte, falls ihr den Wohnungsbericht dann kriegt, ich kann euch sagen, auf der Seite 40 und auf der Seite 41 ist für mich der Kern, weil dort nämlich, du sagst 500 Wohnungen, die Frau Bergmann hat heute 1000 Wohnungen gesagt, im Wohnungsbericht stehen dann wieder andere Zahlen. Aber Faktum ist, und wenn man es querrechnet, was ist passiert und deswegen meine ich, es ist nicht so gut wie es scheint oder was alles da so gemeint ist und hingestellt wird. Faktum ist, dass wir ursprünglich in Graz einen Gemeindewohnungsanteil hatten von sieben Prozent, dieser Anteil ist bis aktuell auf 6,6 Prozent abgesunken. Warum? Weil in den letzten zehn Jahren pro Jahr 50 Wohnungen neu dazugekommen sind und natürlich die anderen Wohnungen mehr waren, also sinkt der Anteil auf 50. Der Wohnungsbericht gibt jetzt eine Zielvorgabe, das heißt, 150 Wohnungen im Jahr mehr, damit wir am Ende dieser nächsten Gemeinderatsperiode wieder beim Anteil von sieben Prozent angekommen sind. Was heißt denn das, wenn wir das jetzt übersetzen? Das ist eine Verdreifachung von dem, was tatsächlich passiert ist. Nicht 50 Wohnungen pro Jahr, sondern 150 Wohnungen, und dazu kommt noch in der Vorlage, weil auch Menschen zuziehen, natürlich der Leerstand, jährlich eine Mobilisierung von 50 Wohnungen und das ist schon ein Challenge, das ist nämlich eine Herausforderung, die auch Geld bedeutet. Und damit die Zahlen zur Verwirrung, Frau Stadträtin, noch beitragen, habe ich mir jetzt noch die Budgetzahlen herausgenommen. Die Maßnahmen, die vorgeschlagen sind im Wohnungsbericht, bedeuten für die nächste Gemeinderatsperiode 140 Millionen. Wenn man das jetzt umrechnet, 15 Millionen waren eingestellt, 21 Millionen hast du gefordert, 28 sind es, wenn man den Wohnungsbericht nimmt ohne die zusätzlichen Leistungen, die dazukommen. Das heißt, auch weit gefehlt. Deswegen bin ich darangegangen, habe gesagt, gut, ich möchte heute noch einmal das Wohnen-Thema aufgreifen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, verzeiht mir, Wohnen, ich bin auch Mitglied des Wohnungsausschusses, ich habe heute nachgeschaut, 40 Prozent aller meiner Initiativen von 56 in der kurzen Zeit,



die ich da war, ich bin ja dann später nachgerückt, also 40 Prozent aller meiner Aktivitäten habe ich dem Thema Wohnen gewidmet, weil ich es für wichtig halte und weil mir immer unklar war, von was redest du, Frau Stadträtin. Aber es kommt schön langsam Klarheit hinein. Es ist eine große Challenge, wir brauchen viel Geld und nachdem wir heute schon gesagt haben, der Kurt Hohensinner hat so schön gesagt, wir gehen in vorzeitige Neuwahlen hinein, es steht die Partie. Und damit es nicht steht, weil wir daran uns politisch auflösen aufgrund eurer Vorlage, liebe KPÖ, wäre es wenigstens gut, dass wir sagen, liebe Beamte im Magistrat, geht daran, schaut euch das an, wie können wir das umsetzen, dass, wenn die neue Gemeinderatsperiode beginnt, sofort gestartet werden kann.

Und deswegen möchte ich gerne den

### **dringlichen Antrag**

einbringen, dass die ressortverantwortliche Stadtsenatsreferentin Elke Kahr beauftragt wird, „Wohnen Graz“ zu veranlassen, gemäß Motivenbericht einen „Masterplan Wohnen 2020+“ zu entwickeln, der unter Berücksichtigung der Wohnbaureserven und Verdichtungspotentiale in Hinblick auf die Prognosen der zur erwartenden Bevölkerungsentwicklung mögliche kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen zur Wohnversorgung der Grazerinnen und Grazer umfasst. In diese Entwicklungsvorschau sind auf jeden Fall über den unmittelbaren Gemeindewohnungsbereich hinaus insgesamt geförderter wie auch privater Wohnbau einzubeziehen, weswegen auch gemeinnützige und private Träger, ebenso wie in Hinblick auf die Wohnbauförderung das Land, in die Überlegungen einzubinden sind. Den Mitgliedern des Ausschusses „Wohnen Graz“ ist bis Mitte Dezember ein Bericht zu übermitteln, wann die Arbeit an dieser Entwicklungsvorschau aufgenommen wird und bis wann mit Ergebnissen rechnen ist.

Es ist ein dringlicher Antrag, der in die Zukunft gerichtet ist, damit wir nicht Zeit verstreichen lassen, wie der Kurt Hohensinner auch schon gesagt hat, wir schaffen es

nicht, nächstes Jahr Kindergartenplätze zu eröffnen beziehungsweise neue in die Wege zu leiten, das ist die gleiche Stoßrichtung, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen wir nicht die Arbeit ruhen, nehmen wir zumindest die Möglichkeit und sagen, der neue Gemeinderat kann die Versäumnisse rasch aufholen (*Applaus SPÖ*).

***Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 19.30 Uhr den Vorsitz.***

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> **Kahr**: Ein Entwicklungsplan, das hat schon seine Richtigkeit, also Ziel und eine Vorstellung zu haben, wohin und wie wir sozusagen, egal auf welchen Bereich auf politischer Ebene man sich weiterentwickeln soll. Ich war 1995, ich habe es heute schon einmal gesagt, ich habe da einen Dringlichkeitsantrag auch einmal eingebracht im Zusammenhang mit Kinderbetreuungseinrichtungen, weil die Stadt Graz zu dem Zeitpunkt damals noch nur zwei städtische Krabbelstuben gehabt hat und es abzusehen war, dass wir mehr Bedarf in unserer Stadt haben, er war damals schon ungenügend. Wir sind heute, wenn man das rückblickend sieht, wieviel Zeit da verlorengegangen ist, bei einem Stand, der noch nicht ausreicht, aber der wesentlich besser ist, damals hat man den Dringlichkeitsantrag übrigens abgelehnt und da ist eine ganze Periode nichts passiert. Soviel nur, wie sich etwas weiterentwickeln kann. Dass wir mehr Gemeindewohnungen brauchen, das ist auch nicht etwas, was sich erst herausstellt seit diesem Wohnungsbericht oder seit wir prognostizieren, dass die Stadt Graz stark wächst, das war schon vor 20 Jahren auch sichtbar, dass wir mehr günstigen Wohnraum brauchen, weil wir immer auf unserer Warteliste eine zu hohe Anzahl, vor allem für jene, die rasch einen Wohnraum gebraucht haben, gehabt haben. Deshalb haben wir seit 2003, seit die KPÖ, mein Vorgänger hat 2003 das Wohnbauressort dazubekommen, auch ständig mit allen Abteilungen, und es wäre ja ein Witz, wenn

man sozusagen nicht mit der Abteilung Immobilien, mit der Liegenschaftsabteilung, mit der Finanzabteilung, mit Land, selbstverständlich hat es diese Zusammenarbeit immer gegeben, aber es braucht auch den gemeinsamen Willen und den kann man nicht den Abteilungen oder den Ämtern vorwerfen, sondern es braucht den politischen Willen.

***Zwischenruf GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Bauer: Das habe ich auch nicht gemacht.***

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> **Kahr**: Nein, das sage ich nur, ich habe nicht gesagt, dass du das sagst, ich sage nur, man muss das immer in dem Kontext sehen und es hat diesen politischen Willen lange Zeit leider, und ich habe das da auch schon x-mal gesagt, von deiner Fraktion eigentlich hier nicht gegeben, es war eine ganze Periode die SPÖ für die Finanzen und Liegenschaften zuständig, wir sind da...

***Zwischenruf GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Bauer: Es wird nicht wahrer, wenn du es zehnmal sagst.***

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> **Kahr**: Es ist leider so, ein einziges Grundstück wurde damals angekauft, es ist Zeit, die uns jetzt abgeht, weil von einem Ankauf eines Grundstückes bis zu einer Schlüsselübergabe, und das weiß jeder, der in der Praxis damit zu tun hat, vergehen mindestens zwei bis drei Jahre und das hat nichts damit zu tun, weil die Behörden

langsam sind oder weil jetzt der politische Wille von allen nicht da ist, sondern weil die Abwicklung und Rechtssachen von Bebauungsplan-Beeinspruchungen von Anrainern, ich kann dir einfach sagen, die Jauerburggasse alleine hat sieben Jahre gedauert, nicht weil irgendwelche Abteilungen nicht was tun wollten, sondern weil die Eigentümer da abgesprungen sind und weil verschiedene Hemmnisse immer da sind. Für das, muss man sagen, haben wir seit 2008 bis jetzt 562 Wohnungen übergeben können und für 500 Wohnungen, es sind sogar ein bisschen mehr, sind jetzt Grundstücke da vorhanden, die auch geeignet sind, weil viele Grundstücke, die wir bekommen, sind ja nicht immer geeignet für den kommunalen Wohnbau und es hat diese Studie übrigens ja auch ergeben, dass sozusagen auf die Qualität auch immer zu achten ist und auf die Infrastruktur und von diesen knapp über 500 Wohnungen sind viele Grundstücke auch hier im Gemeinderat bereits beschlossen worden. Wir sind weitergekommen und das hat die Ina Bergmann auch mit diesen 1000 Wohnungen, die sozusagen bereits errichtet sind beziehungsweise auf Schiene sind, gemeint. Du schreibst in deinem Motivenbericht jetzt bei diesem Dringlichkeitsantrag, dass sich, ich glaube, es ist fast wortwörtlich so, sich alleine auf die Gemeindewohnungen zu konzentrieren, zu kurzfristig und falsch ist, das ist ja schlichtweg ein Widerspruch zu dem Dringlichkeitsantrag, den du jetzt einbringst, weil der Wohnungsbericht eindeutig als oberste Priorität festgestellt hat und alle, die im Wohnungsausschuss dabei waren, haben das ja auch gehört und auch präsentiert bekommen, ist der Bau von mehr Gemeindewohnungen, und darin sehe ich meine wichtigste sozialpolitische Aufgabe, und es hat auch die Politik, die mehrheitlich ja hier im Gemeinderat ja uns ja eh unterstützt, auch bestätigt. Und alle anderen Punkte im Wohnungsbericht wie der Kautionsfonds, wie die Siedlungsbetreuung, wie die Mietzinszahlung bis hin zur Wohneinbegleitung, die als Vorschläge genannt wurden, bestätigen eigentlich den eingeschlagenen Weg und bis zum Dezember sowas, erneut eine Studie einzubringen, das ist ja, ich muss da wirklich...

**Zwischenruf GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Bauer: Eine Studie ist es nicht.**

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> **Kahr**: Du unterstellst ja in Wirklichkeit allen Ämtern, dass sie nicht miteinander reden und nicht zusammenarbeiten. Das passiert ja in Wirklichkeit kontinuierlich, weil sonst würden wir ja eh nicht weiterkommen. Also wir können der Dringlichkeit, um es kurz zu fassen, nicht zustimmen, weil das wäre ein Affront gegenüber meinem Amt und gegenüber anderen Ämtern. Danke (*Applaus KPÖ*).

**Bgm.-Stv.<sup>in</sup> Kahr übernimmt um 19.40 Uhr den Vorsitz.**

GR. **Stöckler**: Sehr geehrte Frau Bürgermeisterstellvertreterin und darauf lege ich jetzt besonders wert nämlich, liebe Kollegen im Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich war jetzt auch ein bisschen verwundert eigentlich wegen des nochmaligen Berichtes, liebe Susi, das Timing war ein bisschen komisch und ich muss in diesem...

**Zwischenruf unverständlich.**

GR. **Stöckler**: Ja gut, dann hätte man vielleicht den Wohnungsbericht thematisieren sollen. Aber der Karl Dreisiebner wird das, ich möchte nachher eh noch darauf

eingehen. Was ich jetzt vielleicht zu diesem dringlichen Antrag sagen kann, Masterplan Wohnen 2020 jetzt in dieser Phase einzubringen, ist vielleicht wirklich etwas seltsam, das geht sich in diesem einen Monat nicht aus. Die Verfehlungen, glaube ich, sind in dem Bereich schon in den letzten Jahren passiert, wir haben heute schon gehört vom Bürgermeister und vom Kurt Hohensinner, wie lange die KPÖ in diesem Ressort die Verantwortung trägt und, Elke, du kannst es dir nicht immer schönreden auch. Seit 1998 war Ernest Kaltenegger, seit 2005 bis du, von 1998 war es der Ernst Kaltenegger.

***Zwischenruf Bgm.-Stv.<sup>in</sup> Kahr: Seit 2003 haben wir den Wohnbau, um nur korrekt zu bleiben.***

GR. **Stöckler:** Ich schüttele jetzt nicht den Kopf und verstehe es nicht, aber wie du meinst. Du hast dich in diesen Jahren, und das muss man wirklich sagen, halt prinzipiell auf den sozialen und Gemeindewohnbau beschränkt. Nur wie die Susi Bauer schon gesagt hat, das ist nicht allein der Punkt, wir brauchen Gesamtkonzepte, Elke, und du fokussierst dich nur auf diesen Bereich. Vielleicht, und da gibt es auch die Gesamtverantwortung jetzt, du bist Bürgermeisterstellvertreterin, vielleicht jetzt nicht mehr lange, aber du bist es. Da muss man den Fokus darauf legen, dass man wirklich über den Tellerrand hinausschaut und nicht nur für die eigene Klientel Politik macht. Wir brauchen nicht nur Sanierung des sozialen Wohnbaus, wir brauchen neue Konzepte. Du hast es wirklich jetzt seit 2005, das ist lange genug, das sind elf Jahre, und dabei vermisse ich wirklich diese Thematik von dir. Und jetzt nur ein kurzer Punkt jetzt zum Karl Dreiseibner noch, der Wohnungsbericht. Susi Bauer hat ja und auch zusammen mit der KPÖ die Leerstandserhebungen gefordert, weil wir so für 10.000 Wohnungen haben, die angeblich leer stehen und nicht genutzt werden können.

Herausgekommen ist in dem Wohnungsbericht, und das ist auch einer der Hauptpunkte, wir haben zwischen zwei und vier Prozent, wissen wir, das ist ein gesunder Anteil für eine Stadt, wir haben annähernd, und das ist nur geschätzt, vier Prozent Wohnungsleerstand. Von diesen vier Prozent, das betrifft in Graz zirka 6.000 bis 7.000 Wohnungen, kann man nicht so genau sagen, von diesem Prozentsatz werden 3.000 bis 3.500, je nach Rechnung, wieder dem Wohnungsmarkt in den nächsten Monaten zugeführt und der andere Bereich ist, und das ist in der Studie herausgekommen und im Ausschuss auch besprochen, nicht zielführend einzusetzen. Diese 50 Wohnungen, die vielleicht mobilisiert werden könnten, haben auf dem Gesamtmarkt überhaupt keine Auswirkung und nachdem das rote Licht schon leuchtet, komme ich zum Schluss. Ich glaube, wir sollten alle in uns gehen, anpacken in der Zukunft, wir hoffen, im neuen Gemeinderat wird das möglich sein. Ich hoffe auch, dass du daraus lernst in Zukunft. Wir werden uns auch bemühen und deswegen werden wir der Dringlichkeit und dem Inhalt nicht zustimmen. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. **Dreisiebner:** ...sollte vielleicht noch privat fortgeführt werden, führt mich eigentlich eh schon zu dem Ansatz, der sich bei mir jetzt in den letzten Minuten ein bisschen verfestigt hat und auch schon im letzten Verwaltungsausschuss Wohnen kam dieser Verdacht auf. Vielleicht braucht es da ein stückweit Mediation zwischen ein paar Herrschaften, die hier schon gesprochen haben. Zumindest so etwas wie, setzt euch einmal zusammen, redet mit einander ein bisschen entspannter, weil das hier ist... ja es hat jeder ein wenig Recht und es hat jeder auch ein bisschen Unrecht, das wird hier halt ausgeteilt. Es ist vom Kollegen Stöckler jetzt einiges richtig gesagt worden, diese Leerstandsabschätzung, die der Wohnungsbericht getroffen hat und was davon unter Umständen dem Markt zugeführt werden könnte mit gewissen Anstrengungen, ist nicht nichts, weil wir wissen, dass Menschen Wohnungen suchen und vielleicht würden da geeignete Wohnungen dabei sein. Es geht ja nicht immer darum, dass jede

zusätzliche Wohnung gleich einmal das gesamte Preisniveau verändern würde, wie es auch zum Beispiel ein Projekt, dass man neue Gemeindewohnungen baut, nicht schaffen kann. Es aber nicht zu tun, es auszulassen und andere Möglichkeiten auszulassen und andere Möglichkeiten zu prüfen, und da bin ich schon sehr bei der Susanne Bauer, auch das führt nicht dazu, dass die Situation besser wird, sondern dass sie vielleicht gleich bleibt, vielleicht schlechter wird, was auch immer, aber auf jeden Fall wir lassen Chancen aus. Klar ist mir auch, klar ist uns allen, dass man nicht alles in der Stadt Graz als Kommunalpolitik erledigen können, dass man dazu sowohl im landesgesetzlichen Bereich, Stichwort Steiermärkisches Baugesetz und Ähnliches mehr oder im bundesgesetzlichen Bereich, Stichwort Mietrecht usw., einiges brauchen würden. Soviel einmal dazu. Ich habe einen Zusatzantrag eingebracht, weil mir dieser Tagesordnungspunkt Wohnungsbericht der Stadt Graz 2016 schon sehr abgegangen ist und nicht nur mir, spätestens seitdem ein Medienbericht dazu erschienen ist, ist das, glaube ich, auch in der befassten Szene, ArchitektInnen etc., Studierende, interessierte BürgerInnen schon sehr abgegangen. Jetzt habe ich heute erst erfahren, dass er nächste Woche zumindest online gestellt wird, damit möchte ich jetzt diesen Zusatzantrag offiziell auch zurückziehen, weil er somit hinfällig ist. Und trotzdem ist es schade, dass man diesen Informationsbericht nicht auch hier im Gemeinderat diskutieren konnten, dass man heute, und da muss ich auch wieder die Kritik bei dir ein bisschen deponieren, Susanne Bauer, dass man auch im Dezember zum Beispiel noch in einer weiteren Gemeinderatssitzung, die vor wenigen Stunden abgesagt worden ist nebst einer im Jänner, auch noch solche Themen diskutieren hätten können. Aber das kann man ja nicht und jetzt muss das alles stehen. Es steht die Partie, hat die Susanne Bauer wortwörtlich gesagt, nur ich habe dafür gestimmt, dass man noch zwei Sitzungen machen und nicht zwei absagen, nur so nebenbei, und auch ein paar andere. Alle wissen noch, wie abgestimmt worden ist. Der Punkt ist, dass, was Frau Vizebürgermeisterin, die Elke Kahr, gesagt hat, dass hier ein Angriff, eine Kritik an der Verwaltung, an den Beamtinnen und Beamten passiert, das sehe ich überhaupt nicht. Es ist der Zeitpunkt natürlich kein geschickter, aber es ist der Zeitpunkt ok, weil



die Welt dreht sich weiter und deswegen werden wir sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt zustimmen und nochmals, damit wir es nicht vergessen, der Zusatzantrag hat sich erledigt, wie wohl ich es schade finde, dass der Infobericht nicht mehr da ist (*Applaus Grüne*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Bauer**: So wie ich sehe, ist es sehr schade, dass der Antrag nicht die Zustimmung erhält, aber ich bin sehr glücklich, dass man einmal debattiert haben, weil mir ist wirklich die Debatte, und ich habe es einleitend gesagt, die Debatte zum Wohnungsbericht abgegangen. Ich hätte es für dringend notwendig gehalten und man hätte den Bericht heute sehr wohl einbringen können, wenn man das ordentlich auch aus deinem Büro gemacht hätte und auf die Reise geschickt hätte. Ich muss da wirklich die Kritik an die Wohnungsstadträtin weiterreichen, weil das ist der erste Bericht, den wir kriegen, das ist ein wertvolles Produkt und wir schieben das einfach irgendwohin und sagen, ach, das stellen wir dort online, nur damit man da herinnen uns nicht damit befassen müssen. Ein paar Punkte möchte ich gerne noch aufgreifen. Das eine, Timing, ok, Herr Kollege von der ÖVP, neue Konzepte, stimme ich dir völlig zu. Den Herrn Dreisiebner muss ich zurückweisen mit den Problemen, dass die Mediation hilft nicht, wenn reale Probleme da sind, die gelöst werden. Wir haben reale Probleme rund um die Förderungszahlen, es gibt Wohnbauprojekte in Graz, die in der Pipeline stehen und die drohen, noch weiter nach hinten geschoben zu werden aus mehreren Gründen, es überschreitet jetzt da den Rahmen. Es ist auch ein wesentlicher Punkt, wo ich meine, dass wir hinschauen müssen, die Frau Wohnungsstadträtin hat angemerkt, naja, wir machen ja eh eine Siedlungsbetreuung. Die Siedlungsbetreuung ist für mich so etwas wie die Software und der Bau und das gute Leben ermöglicht die Hardware und auch das Konfliktpotential, wenn gut geplant wird und eine gute Hardware da ist, wir dürfen das nicht aus dem Auge verlieren. Ich wollte nie die Beamten kritisieren, dass das auch nur klargestellt ist noch einmal von meiner Seite. Ich wollte nur darauf hinweisen mit

meinem Antrag, dass wir in die Zukunft schauen müssen und uns den realen Herausforderungen zu stellen haben. Ja, liebe Frau Elke Kahr, es tut mir sehr leid, dass es eben eines solchen Gemeinderatsantrags von meiner Seite bedurfte, es ist die Gesamtverantwortung das Größere, du ziehst es vor, das Kleinere zu nehmen, zu verwalten. Wir brauchen im Wohnbereich in Graz den Gestaltungswillen und die Informationskraft. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ und Grüne) abgelehnt.***

***Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

### **3) Fairer, transparenter und ressourcenschonender Gemeinderatswahlkampf**

GR. Dr. **Wohlfahrt** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Liebe KollegInnen! Ein Thema, was uns schon länger verfolgt, ich werde versuchen, es deswegen etwas kurz zu halten. Anträge hat es schon öfter dazu gegeben in unterschiedlichen Ausprägungen von unterschiedlichen Parteien. Allerdings im Juni dieses Jahres haben wir, der Grazer Gemeinderat, uns mehrheitlich für ein Transparenz- und Fairnessabkommen für künftige Wahlkämpfe ausgesprochen. Die Inhalte des damaligen dringlichen Antrages der ÖVP, ich will es gar nicht verschweigen, waren vielleicht anlassbezogen etwas zu ambitioniert, das gewählte Prozedere über die Klubobleutekonferenz wohl suboptimal. Jedenfalls haben wir heute baldige Neuwahlen, aber kein Transparenz- und Fairnessabkommen. Nach so viel

leider nicht intensiv genutzter Zeit ist Folgendes offensichtlich: Wir werden für diese Wahl jedenfalls keine verbindlichen Vorgaben im Gemeinderat beschließen können, der alte grüne Wunsch. Aber auch freiwillige Transparenz- und Fairnessabkommen, notfalls auch nur mit jenen Parteien, die sich zu einem fairen, transparenten und angemessenen Wahlkampf bekennen, können helfen, die GrazerInnen vor Materialschlachten, verbalen Übergriffen und Verhetzung zu schützen.

Zuständig für ein solches freiwilliges Abkommen sind offensichtlich die Parteivorsitzenden. Die wichtigsten Inhaltspunkte eines solchen Abkommens sind wohl eine Wahlkampfkostenbeschränkung, um eine Materialschlacht zu vermeiden und ein Fairnessabkommen, dessen Einhaltung von einer unabhängigen Stelle wie dem Menschenrechtsbeirat der Stadt Graz beobachtet wird.

In diesem Sinne stelle ich folgenden

### **dringlicher Antrag:**

1. Der Gemeinderat ersucht Bürgermeister Nagl unverzüglich mit den Parteivorsitzenden der im Gemeinderat vertretenen Parteien ein Transparenz- und Fairnessabkommen für den Wahlkampf im Sinne des Motivenberichtes und im Sinne des dringlichen Antrags vom Juni 2016 auszuarbeiten und abzuschließen, der alte Weg kommt leider zu spät.
2. Bürgermeister Nagl wird ersucht, Gespräche mit dem Grazer Menschenrechtsbeirat bezüglich eines Wahlkampfkostenmonitorings über die Einhaltung von Fairnessregeln im Sinne des Abkommens für die Gemeinderatswahl 2017 zu führen. Ich vermute, dieser Punkt ist erledigt, aber es wurde mir nicht klar mitgeteilt, was es hier gibt, also momentan ist der Antrag auch noch aufrecht.
3. Zur Vermeidung einer Materialschlacht und im Interesse der Grazer BürgerInnen stellt der Gemeinderat klar, dass der im Oktober 2016

beschlossene dringliche Antrag der ÖVP, bei Wahlen keine zusätzliche Großplakate im öffentlichen Raum zu genehmigen, nicht nur als Ersuchen des Gemeinderats, so steht es im alten drinnen, sondern auch als Handlungsanweisung an alle zuständigen Stellen, zum Beispiel Straßenamt, zuständige Stadtsenatsmitglieder, zu verstehen ist. Hier gab es bereits Ideen darüber, sich dem Ersuchen nicht anzuschließen, weil es keine klare Handlungsanweisung ist. Also, ich glaube, hier müssen wir gemeinsam nachschärfen.

Ich bitte um Annahme (*Applaus Grüne*).

GR.<sup>in</sup> **Gmeinbauer**: Liebe Frau Vizebürgermeisterin, liebe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich mache es kurz, es ist vieles gesagt worden vom Herrn Dr. Wohlfahrt, was stimmt und ich möchte es auch nicht verschweigen, dass unser dringlicher Antrag zwar mehrheitlich, aber gegen die FPÖ abgestimmt wurde. Anlassbezogen ist vielleicht ein bisschen überzogen und suboptimal in der Klubobleutekonferenz, wo wir bereits diskutiert haben, finde ich auch überzogen, denn eigentlich ist auch dahingehend eine Auswirkung gewesen, dass wir in der Klubobleutekonferenz nicht zusammengekommen sind, weil deine Vorschläge eine Statutenänderung hervorgerufen hätten. Wie du weiß, war unser Magistratsdirektor anwesend bei diesen Diskussionen und der hat uns dahingehend aufmerksam gemacht. Weiters wurden wir auch aufmerksam gemacht, dass wir sehr wohl für unsere Parteivorsitzenden vordenken dürfen, aber keine Entscheidungen treffen können als Klubobleute und von da her ist es zwar suboptimal vielleicht gelaufen für dich, aber nicht für mich, denn auch auf Klubobleuteebene hätten wir ein Abkommen treffen können. Wir haben sieben Punkte vorgestellt in unserem dringlichen Antrag, die wir auch gerne einhalten möchten, auch wenn der damalige Gemeinderat Hötzl in der Klubobleutekonferenz uns ausrichten hat lassen, dass sie nach wie vor diesem

Fairnessabkommen nicht zustimmen wollen. Ich darf hier für meine Fraktion sagen, dass wir natürlich in der Dringlichkeit und auch zu den drei Punkten zustimmen werden. Möchte aber auch ergänzend sagen, wenn das nicht zustande kommt, brauche ich niemanden, sondern kann für mich und für meine Partei auch alleine entscheiden, was Fairnessabkommen bedeutet und mich daran halten. Dankeschön (*Applaus ÖVP*).

***Zwischenruf GR.<sup>in</sup> Gmeinbauer: Schön sprechen.***

GR. Mag. **Sippel**: Ich werde mich bemühen, schön zu sprechen und bin auch sehr gerne fair oder wir sind sehr gerne fair, wir sind auch sehr gerne transparent, deswegen kann ich jetzt auch allen sagen, es war ohnehin schon kolportiert, dass wir als FPÖ 500.000 Euro in diesen Wahlkampf investieren werden, davon kommen 300.000 Euro von der Landesorganisation, 200.000 Euro haben wir selbst angespart. Es ist ohnehin öffentliches Geld, so wie von allen anderen auch, das heißt, es ist wirtschaftsprüfungspflichtig, insofern sollte es dadurch auch klar sein, dass diese Gelder ordnungsgemäß verwendet werden und da brauchen wir nicht irgendwelche Abkommen unterschreiben, die ohnehin eine andere Intention haben und was ist diese Intention? Da geht es darum, hineinzuschnüffeln in irgendwelche Verträge, die man mit Werbepartnern abschließt, die man mit Agenturen abschließt und ich habe ehrlich gesagt keine Lust, dass dann ein ■■■ von der GRAS, also von den grünen Studenten, herkommt und unsere Vertragspartner anschreibt mit Briefchen, die bedrohlichen Inhalt haben, so wie das beim Akademikerball war, wo ja auch die Sponsoren angeschrieben hat auf diese Art und Weise oder dass da ein Shitstorm auf Facebook passiert bei den Firmen, mit denen wir zusammenarbeiten. Also auf das haben wir

überhaupt kein Interesse und um das geht es bei den Grünen, dass sie unsere Partner da auch schädigen können. Und ehrlich gesagt, auf was wir auch keine Lust haben, das ist, dass der Menschenrechtsbeirat, sprich ein Herr ■■■ oder ein Herr ■■■, uns da unterstützen, was wir auf die Plakate oder in Wahlbroschüren hineinzuschreiben haben. Also ich glaube soweit kommt es noch, also mit uns sicher nicht, diese Ampelspielchen, wo man uns schon 2008 relativ lächerlich gemacht haben, auch über die Stadtgrenze hinaus, die könnten wir uns alle ersparen...

*Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Ihr seid doch für die grüne Welle.*

GR. Mag. **Sippel**: Selbstverständlich, grüne Welle, keine Frage, haben wir gefordert, auch umgesetzt und ich glaube, dass man uns das alle ersparen können. Ampelmännchen oder Ampel... ich weiß nicht, warum du so aufgescheucht bist? Ich glaube, das können wir uns ersparen und auch der Punkt, der jetzt im Prinzip wiederholt wird vom letzten Antrag, dass man da jetzt quasi diese Formulierung ändert, dass das jetzt eine Beauftragung auch sein soll. Im Prinzip ist es genau das Gleiche, ich glaube, das ist beschlossen, das wird derzeit gerade geprüft auch vom Stadtrat, da braucht sich keiner Sorgen machen, da braucht man das jetzt nicht in die Endlosschleife bringen und irgendwelche I-Tüpfelreitereien betreiben. Wir werden diesen dringlichen Antrag ablehnen in Dringlichkeit und Inhalt (*Applaus FPÖ*).

GR. **Grossmann**: Wie schade, Herr Klubobmann Sippel, dass ihr es für nicht notwendig findet, zumindest Spielregeln aufzustellen, sich gegenseitig in die Hand zu versprechen,

nicht unter die Gürtellinie zu schlagen, niemanden zu verunglimpfen in diesem Wahlkampf, insbesondere Menschen nicht, die sich nicht zur Wehr setzen können. Da herinnen können wir miteinander gut diskutieren, aber wenn das draußen auf den Plakaten steht, wo Menschen verunglimpft werden, die können sich nicht zur Wehr setzen, also ich finde das sehr schade. Danke, Herr Klubobmann Wohlfahrt, dass du den Antrag eingebracht hast, wir sind natürlich dafür, wir haben auch eine gute Diskussion in der Klubobleutekonferenz geführt, jetzt ist der Philip nicht da, er bezeichnet uns ja immer als die Begräbnisabteilung des Gemeinderates. Bin geneigt zu sagen, so ist es nicht, also deshalb danke für den Antrag, dass wir ihn da herinnen haben, dass wir miteinander reden können, ich glaube, dass es wichtig ist, dass es für uns wichtig ist, uns dazu zu bekennen und für uns als SPÖ ist es eine Selbstverständlichkeit, auch wieder auf Parteivorsitzendenebene ein solches Fairnessabkommen zu unterschreiben. Wir wollen es auch haben und ich bin sehr dankbar, Armin, dass du uns klargelegt hast, dass der Herr Stadtrat ohnehin schon dabei ist, die großen Plakatständer in der Stadt zu verhindern, ich glaube, es tut durchaus der Sache gut, wenn wir das noch einmal feststellen, dass es für uns nicht nur ein Ersuchen gewesen ist, sondern dass wir das tatsächlich auch wollen und dass es für uns auch wichtig ist, wir haben in der letzten Gemeinderatssitzung ja darüber diskutiert. In diesem Sinne, danke für den Antrag, wir sind inhaltlich voll dabei (*Applaus SPÖ*).

GR.<sup>in</sup> **Bergmann**: Auch für unsere Fraktion ist es kein Thema, fair, wir versuchen sowieso, fair zu sein. Ressourcenschonend müssen wir, weil wir haben die Millionen einfach nicht, und Transparenz haben wir auch keine Angst, bei uns ist alles transparent und aus diesem Grund stimmen wir natürlich der Dringlichkeit und dem Antrag zu. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Danke für die viele Unterstützung. Es ist doch erfreulich, in der letzten Gemeinderatssitzung dann so einen Antrag auch mit Mehrheit durchzubekommen. Ich glaube, wenn wir uns bemühen, schaffen wir das noch gemeinsam also mit den Parteivorsitzenden letztendlich, weil die die zuständigen Stellen sind. Wir Grünen hätten uns immer verbindliche Abkommen gewünscht, aber auch ein freiwilliges Abkommen, auch von jenen Parteien, die sich zu einem fairen Wahlkampf bekennen, ist super. Auch wenn es nicht alle Parteien sind, das müssen wir aushalten, wir wollen die, die sich nicht daran halten wollen, auch nicht dazu zwingen, wir können auch nicht. Das müssen wir hinnehmen, wir sind keine gesetzgebende Körperschaft, aber es ist schon ein Zeichen, Michael Grossmann hat es eh gesagt, wenn die Leute hier schon hergehen und sagen, das interessiert uns nicht, das ist sehr eigenartig. Bei allen anderen bedanke ich mich, ich hoffe, dass wir das wirklich schaffen und wünsche uns allen einen fairen Wahlkampf, einen materialschonenden Wahlkampf und dann ein Wiedersehen in der nächsten Periode sozusagen. Aber inzwischen brauchen wir einmal dieses Abkommen und schauen wir, dass wir einen guten Wahlkampf hinkriegen. Danke (*Applaus Grüne*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.***

***Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.***

- 4) Stellungnahme der Landeshauptstadt Graz zur sogenannten Einzelstandortverordnung (§ 31 Abs. 8 Stmk. Raumordnungsgesetz) zum Zwecke der Legalisierung eines EKZ 1 in der Gemeinde Seiersberg-Pirka**



GR. **Dreieibner** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Dreieibner**: Ich habe gerade vorhin auf die Uhr gesehen, 20.00 Uhr vorbei, erinnert an damals und damals, also vor einigen Jahren, wo man noch etwas längere Sitzungen hatten, halten wir noch ein bisschen aus, dann machen wir die nicht Öffentliche, damals vor vielen Jahren 2003 usw. wurden in unserer Nachbargemeinde, damals noch Seiersberg, heute Seiersberg-Pirka, Fachmarktzentren eines nach dem anderen gewidmet. So weit so gut, das ist raumordnerisch wahrscheinlich auch nicht angreifbar, aufgrund der Lage, aufgrund der Situation. In der Zwischenzeit und sehr bald danach kam es eben dazu, dass es Verbindungsbauten, geschlossene Verbindungsbauten zwischen diesen Einzelstandorten für sich jeweils genehmigten Einzelstandorten gegeben hat, überdacht usw., mit Shops teilweise ausgestattet. Diese Verbindungsbauten, und da ist halt leider der politische Kalender des Landes Steiermark und der Stadtgemeinde Graz jetzt ein bisschen falsch gelaufen, sind vorgestern im Rahmen einer Novelle des Landes-Straßenverwaltungsgesetzes, also nicht Landesstraßen-, sondern Landes-Straßenverwaltungsgesetzes zu Interessentenwegen erklärt worden. Und somit wird versucht, ein Verfassungsgerichtshofurteil mit dem ersten Schritt auszuhebeln, um etwas zu legalisieren, was in der Form niemals rechtens war. Es hat zumindest einiges an Wirbel ausgelöst, nicht zuletzt deswegen, weil auch die EKZ-Betreiber sich sehr engagiert gezeigt haben und eine recht große Summe an Geld in die Hand genommen haben, wie es scheint, um allen Menschen mitzuteilen, hier geht es um etwa 2.000 Arbeitsplätze und um das weitere Fortbestehen diverser KMUs, weil die Alternative jene wäre, dass wenn diese Verbindungsbauten jetzt Interessentenwege oder Straßen mit Geschäften mit Straßenverkauf quasi und mit Weihnachtsbeleuchtung, aber keiner Straßenbeleuchtung, dass diese Verbindungswege eben notwendig seien, damit das alles weiter existieren kann. Mit diesem Arbeitsplatz- und Wirtschaftsargument hat man versucht zu punkten. Ich bin da dem leider jetzt nicht hier sein könnenden Herrn Bürgermeister auch dankbar, dass er vorgestern in der ZIB2 im Beitrag dazu gesagt hat,

dass man nicht vergessen möge, dass in den letzten 10/15 Jahren schon in den Bezirksstätten, aber natürlich auch in unserer Stadt, in unserer Innenstadt, an unseren Standorten viele, viele Arbeitsplätze wegen dieser Vorgangsweise und eben nicht rechtmäßigen Vorgangsweise des Shopping-Centers Seiersberg verloren gegangen sind. Und ich sage noch mehr, es wird aufgrund der Situation, in der sich die Branche Einzelhandel befindet, wahrscheinlich auch weiterhin Probleme geben an allen Standorten. Wir sind in einer Finanz- und Wirtschaftskrise, wir sind in einem kompletten Umbruch in der Handelswelt, Stichwort Internethandel usw. Also dieses Argument kann nicht halten.

Warum stehe ich hier, obwohl der politische Kalender ja quasi gegen uns läuft? Es ist ein zweites Verfahren über die Landesregierung angelaufen. Die Begutachtungsfrist läuft gerade. Es geht hier darum, dass man dieser Shopping-City Seiersberg, oder wie sie auch immer heißt, diesem EKZ1 eine Einzelstandortverordnung auch noch über das Steiermärkische Raumordnungsgesetz zur weiteren Absicherung gegen Verfassungsgerichtshofsurteile servieren möchte oder offerieren möchte. Und diese Einzelstandortverordnung würde praktisch alle raumordnungsgesetzlich sonstigen Einschränkungen eben aushebeln und für dieses Center, das 78.700 m<sup>2</sup> umfasst, praktisch per Verordnung, sprich einstimmig im Beschluss der Landesregierung, eine Sonderstellung einräumen. Solche Einzelstandortverordnungen hat es in der Steiermark laut einem Verwaltungsrechtsprofessor, der im Auftrag der Wirtschaftskammer dazu eine Untersuchung gemacht hat, nämlich dem Herrn Prof. Franz Merli hat es bisher in der Steiermark schon einige Fälle gegeben. Fälle, wo es um Standorte, Verkaufsflächenausmaße von 2.000 bis maximal 7.500, sprich bis maximal nicht einmal einem Zehntel dessen, was es jetzt sein wird, gegangen ist. Er sagt auch, dass es in der Größe rechtlich wahrscheinlich gar nicht haltbar ist, das über eine Verordnung zu machen, dass es auch nicht ausreicht, dass besondere Glück von ein paar Unternehmen beziehungsweise auch dem Shopping-Center-Betreiber oder dem Interesse der Standortgemeinde alleine nachfolgen zu wollen.

Was haben wir jetzt für eine Chance? Wir haben bis zum Ende des Dezembers die Chance, in der Begutachtungsphase hier zum einen eine entsprechend kräftige Stellungnahme abzugeben, die Stellungnahme der Stadt Graz sollte sich auf vielerlei Punkte stützen, nicht nur auf das Fortkommen unseres Standortes als Handelsstadt, auf unsere Innenstadt, auf unsere Bezirksteilzentren beziehungsweise auch Shopping-Centers im Stadtgebiet, es sollte auch dargestellt werden, welchen negativen Einfluss das etwa auf die Arbeitsmarktsituation, auf die Verkehrsproblematik, Umwelt- und Gesundheitsproblematik, im Weiteren Luft usw. als Stichwort, Lärm haben wird. Und das und noch vieles mehr, wir da ja sehr kluge Leute hier im Hause geben, die das weiter bearbeiten können, das sollten wir nicht nur im Rahmen dieser Begutachtung an das Land, an die Landesregierung übermitteln, das sollten wir auch sehr kräftig weiterhin nach außen vertreten und das ist auch das Motiv, warum ich hier stehe, um dieses Zeichen nach außen, ich hoffe mit eurer Unterstützung, mit eurer breiten Unterstützung auch herbeizuführen.

Wir haben PartnerInnen, das ist die Wirtschaftskammer, das sind natürlich Stakeholder beziehungsweise VertreterInnen der Innenstadthändler usw...

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> **Kahr**: Schön langsam zum Schluss kommen, weit überzogen schon.

GR. **Dreiebnner**: Ich bin gleich am Schluss, ich denke, wir haben hier eine gute Chance, zumindest diesen zweiten Versuch, ein Höchstgerichtsurteil auszuhebeln, anzugehen und auch wenn wir für den ersten zu spät sind, es ist nicht sicher, ob das hält. Ich komme zum Ende und stelle den

**dringlichen Antrag,**

der euch ja schriftlich zugegangen ist: Zum einen wird Herr Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl in seiner Funktion als Stadtplanungsreferent sowie der Wirtschaftsstadtrat Dr. Gerhard Rüscher ersucht, eine umfassende Stellungnahme der Stadtgemeinde zu der derzeit in Begutachtung befindlichen Einzelstandortverordnung einzubringen. Überdies wird der Herr Bürgermeister ersucht, nichts unversucht zu lassen, den erforderlichen einstimmigen Landesregierungsbeschluss zu dieser Einzelstandortverordnung zu verhindern. Gespräche suchen etc., ihr habt es schriftlich, ich ersuche um eure Unterstützung (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Fabisch** zur Dringlichkeit: Liebe Frau Vizebürgermeisterin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vieles haben wir schon gehört, das Land hat seinerzeit Regelungen getroffen, um diesen Wildwuchs, diese riesigen Ausdehnungen von Einkaufszentren zu verhindern. Jetzt wird es mit einem Streich selbst diese Regelungen aushebeln, um die Überdimensionierung des Shopping-Centers Seiersberg nachträglich zu legalisieren. Die vermeintliche Lösung von ÖVP und SPÖ, das Einkaufszentrum ist nun teilweise ein öffentlicher Interessentenweg gemäß Landesstraßenverwaltungsgesetz, den nicht nur wie bisher Eigentümer, Besitzer, Bewohner einer beschränkten Anzahl von Liegenschaften nutzen dürfen, sondern künftig auch die Beschäftigten und Kunden des Einkaufszentrums. Der KPÖ-Landtagsabgeordnete Werner Murgg hat bereits im Juli kritisiert, dass seit Jahren rechtliche Schlupflöcher und Tricks angewendet werden, um die Verkaufsfläche des Einkaufszentrums weit über die vom Gesetzgeber vorgesehene Größe hinaus zu erweitern. Mit dieser geplanten Gesetzesänderung wäre aber nicht nur dieses bislang größte Shopping-Center in der Steiermark aus dem Schneider, auch dem Bau von weiteren riesigen Shopping-Zentren wäre damit unter Umständen Tür und Tor geöffnet. Dabei sind die Einkaufszentren längst überdimensioniert, verursachen auch, wie der Kollege gerade gesagt hat, gravierende Verkehrs- und Umweltprobleme und

saugen Arbeitsplätze und Kaufkraft aus den Ortszentren ab, die natürlich dann an Attraktivität verlieren. Ich glaube, dass sich die Grazer und Grazerinnen genau anschauen werden, wer ihre Interessen im Landtag vertreten wird und wie die Grazer Landtagsabgeordneten rotieren werden, ich habe da eine Liste von Landtagsabgeordneten aus der Stadt Graz von ÖVP, SPÖ und FPÖ und da wünsche ich mir, gemein wie ich bin, etwas, was die Frau Klubchefin Daniela Gmeinbauer in diesem Saal vor kurzem erfolgreich eingefordert hat, die namentliche Abstimmung, diesmal halt im Landtag. Ich bitte Sie, meine sehr geschätzten Vertreter der genannten Parteien, versuchen Sie Ihre Vertreter im Landtag darauf aufmerksam zu machen, dass sie auch die Grazer Interessen im Auge behalten sollten und nicht seltsamen Rechtskonstruktionen ihre Unterstützung bieten sollten. Dankeschön (*Applaus KPÖ und Grüne*).

**GR. Rajakovics:** Lieber Karl Dreisiebner! Wie du auch richtig bemerkt hast, in der Zeit im Bild 2 gestern hat der Bürgermeister vieles von dem gesagt, was du heute forderst. Insofern wäre es nicht dringlich, aber natürlich ist es dringlich, dass wir uns da gemeinsam nach wie vor dagegen engagieren. Bürgermeister Nagl hat vor sechs Jahren das erste Mal das Land darauf aufmerksam gemacht, dass das ständige hintereinander Anreihen von 5.000 m<sup>2</sup> großen Fachwerkzentren ein großer Betrug ist und dass man dem Einhalt gebieten soll durch die Oberbehörde. Dort ist offensichtlich ein Beamter gesessen, der das nicht so gesehen hat. Inzwischen hat man das auch danach widerrechtlich mit Gängen verbunden, sodass ein Einkaufszentrum entstanden ist, das inzwischen 85.000 m<sup>2</sup> hat. 85.000 m<sup>2</sup> sind natürlich eine Fläche und ein Raum, Verkaufsraum, den man natürlich als Investor gut verkaufen kann. Allerdings nur, wenn er zusammenhängend ist und all das, was in den letzten Wochen da abgegangen ist rund um dieses Einkaufszentrum, ist ein riesengroßer Skandal, ein Skandal, den leider auch Abgeordnete von uns mitzutragen haben. Es ist unverständlich, warum man hier

offenen Auges Gesetzesbrüche toleriert, warum man ständig versucht, etwas zu sanieren, was nicht sanierbar ist. Es ist so ähnlich, wie wenn jemand auf der Autobahn 200 km/h fährt und sagt, Entschuldigung, bitte Herr Innenminister, ich darf 200 km/h fahren, nichts anderes passiert im Moment im Land und die Chuzpe zu haben der Betreiber auf einer Doppelseite in der Kleinen Zeitung zu schreiben, das Land ist aufgefordert vom Obersten Gerichtshof, die Genehmigung zu sanieren, also das muss man sich trauen. Das Land ist zu gar nichts aufzufordern, die sind aufgefordert worden, nachdem wir zwei Jahre darauf hinweisen, dass es ein Schwarzbau ist, dass es illegal ist und dass es weg gehört und das Land auch weggeschaut hat, haben wir endlich Recht bekommen und der VwGH hat entschieden, dass das weggehört und er hat niemanden aufgefordert, irgendetwas zu sanieren, sondern er hat aufgefordert, das wegzureißen und Seiersberg und die Eigentümer sind hergegangen und haben das Land unter Druck gesetzt und auch mit lauter falschen Argumenten und auch mit Lügen, die sie auch inseriert haben. Während sie inseriert haben, dass die Arbeitsplätze verloren gehen, haben sie den eigenen Mietern per Information zukommen lassen, dass es ausschließlich um die Zwischengänge geht, dafür wird es eine Lösung geben, es bleibt alles beim Alten. Keine Rede, dass irgendjemand Angst haben muss, dass dort ein Arbeitsplatz verloren geht. Wobei kein Mensch mehr davon redet und da waren wir bei unserer Innenstadtinitiative ja zum Teil eher die, die belächelt wurden, wie es geheißen hat, in Seiersberg, das entsteht, da verlieren wir Arbeitsplätze in der Stadt Graz. Das wundert mich, dass wenig Aufregung war und die Stadt Graz hat durch Seiersberg, gerade auch die Innenstadt hat durch Seiersberg enorm an Kaufkraft verloren und hat auch vieles eingebüßt an Arbeitsplätzen, und wer ernsthaft daran interessiert ist, dass diese Stadt sich gut entwickelt, muss auf Wettbewerbsgerechtigkeit und auf Gleichheit vor dem Gesetz pochen, das ist hier nicht gegeben und es wird mit Füßen getreten und man wundert sich manchmal, wie kreativ politische Ebenen sind im Sanieren von, ich sage es einmal so, von Schweinereien. Dass da auch persönliche Kontakte sind, offensichtlich auch in allen Fraktionen, Nahebeziehungen zu diesem Einkaufszentrum, macht das Bild natürlich

nicht besser, das gehört ganz deutlich gesagt. Es tut uns weh, was da passiert, wir haben jahrelang und der Bürgermeister wirklich, wenn man sich die Briefe, auch die Antwortbriefe des Herrn Landeshauptmann Voves anschaut, da wird man wirklich zornig, mit welcher Arroganz das weggewischt wurde. Jeder Hinweis darauf, dass das nicht in Ordnung ist, dass das bekämpft werden wird, dass man nicht jetzt wieder eine Genehmigung für ein zusätzliches Fachmarktzentrum dort geben kann, weil es schon genug Quadratmeter dort ausgewiesen wurden, 5.000 m<sup>2</sup> hat man dort jedes Mal zitzerweise dazubauen lassen, sehenden Auges hat man diesen Skandal eigentlich hervorgebracht, hat sich nicht getraut, dort irgendwann einmal zu sagen, so stopp jetzt und das ärgste ist, jetzt sagt das der Verfassungsgerichtshof, das ist widerrechtlich, nicht das Land soll was sanieren, es ist widerrechtlich und diese Zwischengänge gehören weg. Deshalb wird kein einziges von diesen dort stehenden Fachmarktzentren abhanden kommen, aber die Verbindungsgänge kommen weg und diese Verbindungsgänge sind ja das, was dann letztlich beim Verkauf, an wen auch immer, an einen Fonds oder an sonst jemanden, was ja der große Reibach für die Investoren ist. Also du kannst sicher sein, wir werden da nicht locker lassen, wir bleiben auch in der Partei, werden auch dort immer wieder auch sagen, wie wir dazu stehen. Der Bürgermeister hat es mehrfach öffentlich, auch zuletzt gestern in der Zeit in Bild 2, sehr deutlich gesagt, was wir machen können zusätzlich ist und das ist das, was vielleicht noch mehr Gewicht hat, der Bürgermeister ist ja nicht nur der Bürgermeister der Stadt Graz, sondern auch der Vorsitzende des Zentralraums. Das heißt, alle Gemeinden, auch Voitsberg, Graz-Umgebung, Graz sitzen ja noch einmal in einer Versammlung zusammen und ich glaube, auch dort ist die Stimmung gegenüber Seiersberg nicht so berauschend und wir werden natürlich schauen, dass wir nicht nur für uns diese Erhebung machen und schauen, dass wir auch Mehrheiten und nochmals klar feststellen, wie das rechtlich zu beurteilen ist für die Stadt Graz und wir werden auch schauen, dass der ganze Zentralraum auch diese Meinung, die wir auch gegenüber dem Land schon zum Ausdruck gebracht haben, vertritt und ich hoffe, dass es dann irgendwann einmal zu einem Umdenken im Land kommt. Die Gelegenheit gibt es

spätestens in zwei/drei Jahren wieder, wenn das Gesetz, auch diese Straßenverordnung vom VfGH aufgehoben wurde als Anlassgesetzgebung und dann muss man es eh wieder entscheiden. Vielleicht ist bis dann, es werden wahrscheinlich andere handelnde Personen dann am Zug sein, vielleicht ist es dann möglich, dass man da endgültig auch diese Gleichheit vor dem Gesetz wiederherstellt (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Haßler**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrter Antragsteller! Unsere Fraktion hält wenig davon, dass da sich offensichtlich ein paar Wirtschaftskämmerer und Innenstadtkaufleute mit Seiersberg bekriegen, wo es unterm Strich nur darum geht, und da kann ich dir Thomas nicht folgen, wenn du sagst, der Weg macht eh nichts aus. Wenn er nichts ausmachen würde, dann wäre er eh wurscht, wenn er bleibt. Also es wird sicher Auswirkungen auf das Einkaufszentrum in Seiersberg haben, wenn man das in dieser Art und Weise verhindert und ich bin jetzt kein Fan, was dort passiert ist und mir gefällt es auch nicht, dass die bis jetzt tun und lassen haben können, ebenso wie es dort momentan ist. Aber ich bin auch überzeugt davon, du hast es auch angesprochen die Großregion Zentralraum, dass die Zeit des Kirchturmdenkens vorbei ist, die Zeit, wo eine Stadtmauer um Graz war und Graz vom Schloßberg auf das Umland geschaut hat, die ist vorbei, wir müssen in einer Region denken und zur Region gehört auch Seiersberg dazu und wir müssen da eine gemeinsame Lösung finden. Und ich sehe es nicht locker, ich bin selber ÖGB-Vorsitzender, auch für die Region Graz, Großraum Graz, ich sehe es nicht so locker, dass diese Arbeitsplätze nicht gefährdet sind. Ich bin überzeugt davon, dass á la longue dieses Center dann schließen wird müssen und wenn man die Geschichte verfolgt, warum gibt es das Center überhaupt? Schuld waren wir selber, bitte, dass diese Situation entstanden sind, ich war damals Bezirksvorsteher in Straßgang, wir haben ein Center West gehabt, das ewig einen Einkaufsmarkt auch dazuhaben wollte, wir haben es als Stadt Graz verhindert, die Geschäfte sind dann dort



abgewandert, Seiersberg ist entstanden und dann haben wir den Einkaufsmarkt hingegeben und jetzt ist Center West mehr oder weniger tot. Das ist das Center, was am meisten drunter leidet jetzt, dass Seiersberg besteht. Und wenn irgendwer da im Raum glaubt oder die irriige Meinung hat, dass man, wenn Seiersberg vielleicht nicht mehr ist, dass dann das Kundenpotential nach Graz fließt, dann muss ich sagen, dem würde ich ein bisschen eine Naivität unterstellen, weil ich glaube, dass der Großteil der Kundinnen und Kunden, die in Seiersberg sind, von weiterher kommen, teilweise sogar vom Ausland dorthin kommen und ich denke, dass es jetzt momentan sogar Synergieeffekte gibt, dass mancher, der nach Seiersberg geht, auch in die Stadt hereingeht. Wenn ich die Arbeitsplätze anspreche, ich meine, wir haben in Seiersberg über 2.000 Arbeitsplätze und ein Drittel davon von diesen Arbeitsnehmerinnen und Arbeitnehmer sind Grazerinnen und Grazer. Also ich glaube, da haben wir auch eine große Verantwortung und ich habe zwar heute gesehen, dass die eine oder andere Fraktion, und da muss ich speziell Grüne und KPÖ ansprechen, offensichtlich keine große Affinität zu Arbeitsplätzen haben, weil wir haben heute drei Mal über Dinge diskutiert, wo es um viele Arbeitsplätze geht. Ich denke, das Beispiel Magna mit dem Parkhaus, wo ein paar tausend Arbeitsplätze auch an dieser Lösung hängen, da haben die zwei Fraktionen gesagt, ja überhaupt kein Thema, interessiert uns nicht, Murkraftwerk ist auch ein Arbeitsplatzthema, interessiert uns auch nicht. Also ich mache mir ernsthaft Sorgen, wenn es darum geht, Arbeitsplätze in dieser Region zu halten, von neu Schaffen will ich gar nicht reden. Wir finden, dass die Lösung, die das Land jetzt gefunden hat, in Summe eine Lösung der Vernunft ist und zwar in die Richtung, dass jetzt ein Schlusstrich gezogen wird und Seiersberg auch nicht mehr die Möglichkeit hat, dort weiterzuentwickeln, wie sie es vielleicht auch vorgehabt hätten und ich glaube, wir brauchen auch nicht mit dem mahnenden Finger immer dastehen. Ich denke nur an unser Bauamtsgebäude, wie lange haben wir da herumrepariert, bis wir dann endlich auch die Legalität da geschaffen haben. Es ist kleiner, aber es ist auch ein Beispiel.

***Zwischenruf GR. Rajakovics: Das kannst du nicht vergleichen.***

GR. Mag. **Haßler**: Thomas, jetzt rede ich, du hast vorher geredet. Wir haben bei Kastner auch Auflagen gemacht wegen der Dachlandschaft und wie schaut es jetzt aus? Also bis jetzt ist es noch nicht passiert usw. Ich glaube, dass es wichtiger wäre, dass wir in die Zukunft blicken und dass wir für die Region gemeinsam eine Lösung finden und nicht, dass wir uns gegenseitig bekriegen und uns in einen Wirtschaftskrieg hineinziehen lassen, dafür stehen wir als SPÖ sicher nicht zur Verfügung. Wir wissen auch, dass da Wirtschaftsgruppen dahinterstehen, die sich gegenseitig bekriegen und ich glaube, da sollten wir uns als Politik nicht hineinziehen lassen. Das Schlimmste, was uns passieren könnte, ist, glaube ich, dass dort endgültig zugedreht wird, weil ich glaube, dann gehen viele Arbeitsplätze verloren und auch viel an Kundenpotential fließt aus der Region ab. Und wenn dann über die Grenze, du schüttelst den Kopf, aber wenn über die Grenze in Slowenien oder Marburg so ein Center entsteht, dann garantiere ich dir jetzt schon, nicht in dieser Größe, dann garantiere ich dir jetzt schon, dass viele auch da runterfahren werden, weil da geht es auch um ein bestimmtes, wer dorthin geht, ich bin es nicht, bitte, da geht es auch um Leute, die einen ganzen Tag in so einem Center verbringen, die auch ein Rundherum in diesem Center haben wollen und wenn dort unten was gebaut wird, dann glaube ich, dann sind wir alle die Verlierer. Dann ist nicht nur Seiersberg der Verlierer, sondern auch Graz. Danke (*Applaus SPÖ*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ) angenommen.***

GR.<sup>in</sup> **Bergmann** zum Antrag: Lieber Gerald Haßler! Mir bleibt die Spucke weg. Wirklich so eine Haltung, das ist ja in meinen Augen ist das ja Rechtsbruch, was ihr da macht. Das heißt, hier wird ganz klar Rechtsbruch betrieben und ihr befürwortet das. Also das ist für mich unwahrscheinlich, Arbeitsplätze sind schon wichtig, aber ich glaube, hier wird Tür und Tor geöffnet für Einkaufszentren, die auf die grüne Wiese gebaut werden, weil es wird ja hinterher sowieso alles repariert, es passiert uns ja nichts mehr. Das heißt, es wird Tür und Tor geöffnet für weitere Einkaufszentren in dieser Größe und ich denke, Arbeitsplätze, sind wir ehrlich, die Arbeitsplätze, die werden nicht mehr, die wandern nur hin und her. Das heißt, ob das jetzt innerhalb von Graz große Einkaufszentren sind, beim einen Einkaufszentrum ziehen sie aus und beim anderen ziehen sie ein. Also es werden weder mehr noch weniger Arbeitsplätze, wenn hier Ordnung geschaffen wird. Also ich bin wirklich entsetzt über eure Haltung (*Applaus KPÖ und Grüne*).

StR.<sup>in</sup> **Rückert**: Lieber Herr Klubobmann! Ich war jetzt ganz neugierig, wie du argumentieren wirst und ich bin auch ziemlich baff über diese Selbstaufgabe von euch als politischer Partei eigentlich, weil ihr habt irgendwann einmal Solidarität, glaube ich, groß gehalten und was ist das für ein solidarisches Verhalten, wenn man sich auf den Bauch legt vor denen, die ihre Macht auf diese Art durchsetzen? Ich meine, das ist ein Bauchfleck der Sonderklasse, was ihr da leistet, wirklich wahr. Ich glaube, dass ihr das, was damit verursacht wird, nämlich, dass der Nächste kommt und der Nächste kommt, so wie es die Ina jetzt gerade gesagt hat, ist eine vollkommene Entledigung eurer politischen Einflussmöglichkeit. Ihr wollt eigentlich euch hinlegen vor dem, was als gegeben vorgesetzt wird und das habe ich von einer sozialdemokratischen Partei in dem Ausmaß mir echt nicht erwartet. Also ich bin auch ziemlich baff, muss ich sagen (*Applaus KPÖ und Grüne*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich möchte gerne zu zwei Dingen noch Stellung nehmen. Also ich bin genauso fassungslos, lieber Gerald Haßler, über die Begründung, vor allem über den Versuch, bei einem derartigen Rechtsmissbrauch einfach den Versuch zu unternehmen, das irgendwie zu reparieren und ich sage das jetzt einmal auch ganz bewusst aus Sicht der Wirtschaft. Es ist einfach ein unlauterer Wettbewerb und zwar ein illegaler Wettbewerb, das muss einfach einmal gesagt werden, man kann doch das nicht dann irgendwie damit rechtfertigen, dass es hier möglicherweise um die Gefährdung von Arbeitsplätzen geht. Was ist denn in der Vergangenheit gewesen? Hat jemand gezählt, wieviele Arbeitsplätze, wir haben es schon gesagt, in den Bezirksstätten, in der Innenstadt draufgegangen sind, weil dort ein Einkaufszentrum entstanden ist auf illegaler Basis? Das war zwar damals von einem Beamten, wie wir wissen, gerechtfertigt, insofern kann es für das Land auch durchaus blöd werden, wenn die Zwischengänge wirklich abgerissen werden müssen, weil dann sicherlich auch die Frage des Amtsmissbrauches zur Diskussion steht. Aber trotzdem ist es einfach so, dass hier mit, und zwar allen bekannt, eben offensichtlich nur nicht diesem Beamten, war uns allen bekannt, dass das einfach mit dem Raumordnungsgesetz und mit den Regelungen für Einkaufszentren nicht zu rechtfertigen ist. Das Zweite, Gerald, den Vorwurf musst du dir auch gefallen lassen, der Vergleich mit dem Dach von Kastner und Öhler und dem Bauamtsgebäude ist aus meiner Sicht völlig an den Haaren herbeigezogen und zwar beim Dach geht es letztlich doch um eine privatrechtliche Vereinbarung und nicht um Verletzung eines Gesetzes. Beim Bauamtsgebäude hast du ja, formal gesehen und rechtlich gesehen, durchaus Recht, dort ist auch was gebaut worden und im Nachhinein ist dann eben aufgrund eines Urteils, glaube ich, des Verwaltungsgerichtshofs der Bau nicht legalisiert worden und man hat dann durch die Änderung dieser Dichteverordnung das repariert. Aber bitte, das ist ein Gebäude vielleicht von ein paar hundert Quadratmetern Grundfläche und da geht es um

ein/zwei Stockwerke. Die in der Nachbarschaft sind sicherlich negativ betroffen, aber dort geht es um 85.000 m<sup>2</sup>, insgesamt 85.000 m<sup>2</sup> Einkaufszentrum mit illegalen Zwischengängen, das ist mit wirtschaftlichen Auswirkungen verbunden, wir sie... das mit einem Atemzug zu nennen, finde ich auch... kannst du einfach nicht machen aus meiner Sicht. Also insgesamt auch, der Thomas Rajakovics hat das schon gesagt, dass natürlich da auch unsere eigenen Abgeordneten damit befasst sind oder mitmachen, mitmachen müssen, wie auch immer. Aber es ist eine Sache, die, glaube ich, für die Stadt Graz schon von vitalem Interesse ist, dass sie so nicht durchgehen kann, weil eben, wie gesagt, illegal und weil hier einfach ein unfairer, unlauterer Wettbewerb ist, der auch zum Schaden eben der Wirtschaft und des Einzelhandels in der Stadt ist. Und solange wir dagegen ankämpfen können und zwar rechtliche Mittel ergreifen können, ist die Stadt sicherlich aufgerufen, das zu tun und das ist auch der Grund, wieso wir dem Antrag zustimmen (*Applaus ÖVP*).

GR. **Dreisiebner**: Vielen Dank für die Wortmeldungen aus den Reihen der KPÖ und der ÖVP und dass wir alle oder viele von uns baff sind, ist ausgeführt worden. Lieber Klubobmann Haßler, wenn du sagst, dass ein Drittel der ArbeitnehmerInnen aus Graz sind, dann ist das gut, aber dieses Drittel der Menschen, die dort arbeiten muss, die dort hin pendelt, die dort wahrscheinlich auch in Teilzeitverhältnissen tätig ist und dazu wahrscheinlich auch ein Auto benötigt, wäre in der Gesamtbilanz vielleicht besser dran, wenn sie in der Stadt einen Arbeitsplatz zu ähnlichen Bedingungen hätten und das zum Beispiel etwa mit dem Öffi oder mit dem Fahrrad erreichen könnten, nur als ein Beispiel. Das ist die eine Seite, die andere Seite ist, dass auch sehr viele der Kundinnen und Kunden dann das Auto verwenden müssen und da fängt es für mich ja wiederum an, wenn wir uns bemühen, in der Stadt den ÖV-Anteil, den RadfahrerInnen-Anteil und die Nahversorgung zu heben und uns dann solche Mega-Centers mit allem Angebot das ja wiederum konterkarieren, dann wird das verdammt noch einmal noch

schwieriger, als es eh schon ist, das alles zu tun. Und ich denke, dass wir nicht hinnehmen können, dass in jede Richtung irrsinnig viel an Pkw-Fahrten wird, nur wenn man kurz einmal nachschauen will, ob irgendein Gerät oder irgendein Produkt vielleicht um ein paar Euro billiger oder teurer ist oder was auch immer. Im Übrigen nach Slowenien zu fahren, hat noch viel mehr Gründe als dass dort Center entstehen oder schon entstanden sind, dort kann ich auch ein paar Dinge auch viel billiger konsumieren, wie etwa Gastronomie etc., das wird es halt auch immer geben. Auf den Punkt zurückzukommen, dieser ungleiche Nichtwettbewerb, diese Bevorzugung des einen und Benachteiligung des anderen, das kann einfach nicht angehen in einem Rechtsstaat und ich hätte mich sehr gefreut, wenn da ja ein einstimmiger Landesregierungsbeschluss notwendig ist für diese Einzelstandortverordnung, dass wir auch auf die Mitglieder der SPÖ, die in der Landesregierung sitzen, zugehen können in den Gesprächen mit unserer Stellungnahme und dass wir da auch ein offenes Ohr erwarten hätten können und eure Unterstützung vom Michl Ehmann abwärts erwarten hätten können. Das sehe ich jetzt nicht, ich hoffe auf Herrn Bürgermeister Nagl, auf Stadtrat Rüschi und auf unsere starke Stellungnahme und danke für eure Unterstützung und im Sinne der kurzen Wege, ich hoffe, dass es viele gute Gespräche gibt zwischen Bürgermeister Nagl und dem Land Steiermark, um das noch abzuwenden. Danke (*Applaus KPÖ und Grüne*).

***Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ) angenommen.***